Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Speech
Kiel, 30.05.2013

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Bericht der Landesregierung zur Situation von Kindern und Jugendlichen bei Gefahren für ihr körperliches, geistiges oder seelisches Wohl

In einem Punkt sind wir uns wohl alle einig: Kaum eine Aufgabe ist wichtiger, als der Schutz von Kindern vor Gefahren für ihr körperliches, geistiges oder seelisches Wohl. Kein Zweifel: Bund, Länder und Kommunen sind gemeinsam in der Pflicht, wenn es um den Schutz der Jüngsten in unserer Gesellschaft geht. Und mehr noch: Wie im Bericht angedeutet ist ein funktionierendes Unterstützungs- und Beratungssystem eine interdisziplinäre Herausforderung für Politik, Jugendhilfe, Gesundheitswesen und viele weitere Akteure. Für den SSW möchte ich deshalb erst einmal einen Dank an die vielen hier tätigen Menschen aussprechen. Denn ohne das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendhilfe, in den Beratungsstellen oder beispielsweise der Familienhebammen stünden wir mit Sicherheit nicht da, wo wir heute sind.

Aus Sicht des SSW ist es selbstverständlich und trotzdem erfreulich, dass beim Thema Kinderschutz in Schleswig-Holstein weitgehend Konsens über alle Parteigrenzen hinweg herrscht. Denn die Tatsache, dass nicht alle Eltern in der Lage oder willens sind, ihren Kindern das zu geben was sie brauchen,

SSW IM LANDTAG

führt ganz einfach zur Verantwortung der Gesellschaft für ihre Kinder und Jugendlichen. Für parteipolitisches Taktieren oder gar Profilieren ist hier überhaupt kein Platz. Und es ist schön, dass dies auch von allen so gesehen wird.

Dass der Bedarf an Beratung, Unterstützung und Hilfe unverändert groß ist, zeigen nicht nur die immer wiederkehrenden Fälle von mehr oder weniger grober Vernachlässigung oder sogar Misshandlung. Auch die große Nachfrage in den Kinderschutzzentren unseres Landes belegt es eindeutig. Es sind nun mal nicht alle Eltern ihren erzieherischen Aufgaben gewachsen. Kinderschutz bleibt extrem wichtig. Natürlich tragen Landeskinderschutzgesetz und Kinderrechte in der Verfassung dieser Tatsache Rechnung. Aber ich denke, dass trotzdem klar gesagt werden muss, dass am Wohl der Kinder und Jugendlichen nicht gespart werden darf. Sie zu schützen ist eine Daueraufgabe. Und die Koalition aus SPD, Grünen und SSW handelt auch dementsprechend.

Der aktuelle Landeskinderschutzbericht bestätigt in meinen Augen zwar, dass sich Schleswig-Holstein bei diesem Thema nicht verstecken muss. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass es hier unverändert viel zu tun gibt. In erster Linie ist es aber erfreulich, dass der Bund in angemessener Form zu seiner Verantwortung steht: Was in der 16. Legislaturperiode durch das Landeskinderschutzgesetz begonnen wurde wird mit der geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern konsequent weitergeführt. Wie Sie wissen, stehen mit der „Bundesinitiative Netzwerke Früher Hilfen und Familienhebammen“ in diesem Jahr 30 Millionen und in den Folgejahren 45 bzw. 51 Millionen Euro bundesweit für Verbesserungen des Kinderschutzes zur Verfügung.

Die rot-grün-blaue Koalition meint es ernst mit einem wirklich effektiven Schutz von Kindern und Jugendlichen. Die Verwaltungsvereinbarung bietet hierfür erhebliche Spielräume und Chancen. Wir wollen sie entschlossen nutzen und die vorhandenen Angebote des Kinderschutzbundes, der Kinderschutzzentren, des Landesprogramms Schutzengel, der Frühen Hilfen und der Familienbildungsstätten deutlich stärken. Wir wollen die Angebote der Kinderschutzzentren und der Netzwerkarbeit in allen Kreisen und kreisfreien Städten verfügbar machen und die Frühen Hilfen ausbauen. Daneben ist uns wichtig, dass auch Familienhebammen flächendeckend eingesetzt werden, damit sie ihre wertvolle Arbeit überall im Land leisten können.

Diese Schwerpunkte sind wichtig. Denn ein wirklich effektiver Kinderschutz fordert weitergehende Maßnahmen als reine Beratung. Hierfür brauchen wir ganz konkrete Hilfen für Eltern und Kinder und eine systematische Sozialarbeit. Und wie Sie sehen, sind wir hier weit über bloße Ankündigungen hinaus: Der Blick auf die im Bericht dargestellten aktuellen

Förderschwerpunkte in den Kommunen zeigt es: Es wird längst an Verbesserungen in diesem Bereich gearbeitet. Und diese Arbeit werden wir weiter tatkräftig unterstützen.